

**P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie** der Stadt Burgdorf am **24.09.2018** im Sitzungssaal des Rathauses I, Marktstr. 55,

18.WP/A-JuF/012

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:56 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: Uhr

---

**Anwesend** **Vorsitzende**

Gersemann,  
Christiane

**stellv. Vorsitzende**

Birgin, Gurbet

**Mitglied/Mitglieder**

Meinig, Birgit  
Neitzel, Beate  
Nijenhof, Rüdiger  
Paul, Matthias

**Stimmberechtigtes Mitglied**

Ev. Kirche

Härtel, Andreas  
Lehrke-Ringelmann,  
Doris  
Scher, Olaf  
von Oettingen, Gero

**Beratende/s Mitglied/er**

Vertreterin Kinderschutzbund  
Kath. Kirche

Beigel, Astrid  
Bruns, Andrea  
Karras, Martin  
Kugel, Michael  
Niemann, Jens

**stellv. Beratende/s Mitglied/er**

Vasterling, Benjamin - Vertreter für Frau  
Marina Tietje -

**Gast/Gäste**

Kinderschutzbund  
Kinderschutzbund

Landeshauptstadt Hannover - Fluxx  
Stadtkindergartenbeiratsvorsitzende

Özden, Halit  
Lange-Kreutzfeldt,  
Annegret  
Schrader, Sabine  
Wolbring, Susanne

## **Verwaltung**

Baxmann, Alfred  
Bernert, Nathalie  
Mikoleit, Heidi, (Fach-  
beratung der Kinder-  
tagesstätten)  
Raue, Nicole  
Szramka, Monika

## **TAGESORDNUNG**

### Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 04.06.2018
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. 70 Jahre Jugendamt der Stadt Burgdorf  
Vorlage: M 2018 0653

Familienangelegenheiten

4. Fluxx-Notfallbetreuung für Kinder und unterstützungsbedürftige Angehörige - Vorstellung durch die Landeshauptstadt Hannover

Jugendhilfeangelegenheiten

5. Vorstellung der Umfrageergebnisse zur Bildung einer Jugendvertretung in Burgdorf
6. Mobile Jugendhilfe - Bericht

Familienangelegenheiten/Jugendhilfeangelegenheiten

7. Ausbau des Familienservicebüros  
Bezugsvorlagen: A 2018 0566, M 2018 0545, M 2018 0541  
Vorlage: BV 2018 0697

8. Kinderschutzordner - Vorstellung
9. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

## Öffentlicher Teil

### **Einwohnerfragestunde**

./.

#### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Frau Gersemann** eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Verwaltung und Herrn Dege von der Presse. Herzlich beglückwünscht wird Frau Wolbring als wiedergewählte Vorsitzende des Stadtkindertagesstättenbeirates. Stellvertreter ist Herr Fabian Schwelgin geworden. Entschuldigt haben sich Frau Kuchenbecker-Rose, Frau Ruhkopf, Herr von Tiling und Herr Witte.

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

**Frau Gersemann** teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 7 krankheits- und fortbildungsbedingt auf eine der nächsten Sitzungen verschoben werden muss.

#### **2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 04.06.2018**

---

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie vom 04.06.2018 wird **einstimmig** genehmigt.

#### **3. Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

- a) **Frau Raue** teilt mit, dass mit der Umsetzung der im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung festgelegten raumakustischen Maßnahmen in der Kita Freibad begonnen wurde.
- b) In der Kindertagesstätte Freibad sei für den Zeitraum vom 10.09.2018 bis 28.09.2018 aus personellen Gründen das Betreuungsangebot von drei auf vier Gruppen reduziert worden. Personalausfälle seien aus gesundheitlichen Gründen eingetreten. Hinzu komme, dass nachzubesetzende Stellen erst zum 01.10.2018 wiederbesetzt werden könnten. Ab dem 01.10.2018 solle der Betrieb wieder uneingeschränkt aufgenommen werden. Die Verwaltung prüfe, ob Gebührenerstattungen möglich seien.

#### **3.1. 70 Jahre Jugendamt der Stadt Burgdorf Vorlage: M 2018 0653**

---

**Herr Niemann** erläutert die Vorlage.

## Familienangelegenheiten

### 4. Fluxx-Notfallbetreuung für Kinder und unterstützungsbedürftige Angehörige - Vorstellung durch die Landeshauptstadt Hannover

---

**Frau Schrader**, federführende Mitarbeiterin für das Projekt Fluxx stellt das Projekt anhand der als Anlage beigefügten Präsentation vor.

**Frau Gersemann** führt an, dass in Burgdorf der Schwerpunkt „Frühe Hilfen“ und die Bindung zum Kind im Vordergrund stünden. Eine kurzfristige Fremdbetreuung sehe sie eher kritisch.

**Frau Schrader** führt aus, dass bisher nur ein Kind wegen der Abwesenheit der Mutter geweint habe. Die Eltern der zumeist 8 Monate bis 4 Jahre alten Kinder hätten sehr positive Rückmeldungen gegeben und die Betreuerinnen seien äußerst kompetent. Die Fremdbetreuung richte keinen „Schaden“ an, zumal die Kinder in der heutigen Gesellschaft durch Springer in den Kindertagesstätten auch an kurzfristig neues Personal gewöhnt seien.

**Frau Gersemann** betont, dass die Fluktuation in den Kindertagesstätten gerade nicht gewollt sei und Fluxx somit nicht dem pädagogischen Konzept der Stadt Burgdorf entspreche.

**Frau Meinig** bekräftigt, dass gerade im Krippenbereich sehr sensibel gehandelt werde. Das System der Eingewöhnung sei geprägt von möglichst wenig Ausfällen oder wechselnden Bezugspersonen. Sie stehe einer Fremdbetreuung ohne vorherige Eingewöhnung sehr skeptisch gegenüber.

**Frau Lehrke-Ringelmann** berichtet von einem Kirchenprojekt, in dem ebenfalls Großmütter eingesetzt würden. Die Eingewöhnungszeit gleiche dabei der von Krippenkindern.

**Frau Schrader** erzählt von einem Fall einer Studierenden, die im Krankenhaus arbeiten müssen und keine Betreuung für ihr krankes Kind gefunden habe. Nach dem Sondierungsgespräch sei deutlich geworden, dass die junge Mutter keine andere Möglichkeit gehabt habe, so dass Fluxx in diesem Notfall eingesprungen sei. Die Eltern seien nun mal die besten Experten für ihre Kinder und riefen auch nur an, wenn sie Hilfe wirklich benötigten.

**Frau Lange-Kreutzfeldt** bekräftigt, dass die Eltern zuvor alle Möglichkeiten ausgeschöpft hätten und es nur akute Fälle betreffe. Sie halte das Projekt für begrüßenswert.

**Herr Niemann** unterstützt die Aussage. Es handele sich gemäß § 20 SGB VIII um Hilfe in Notsituationen. Wenn die Jugendhilfe einspringe, sei dies wesentlich kostspieliger und personell kostenintensiver für die Stadt.

**Herr Nijenhof** warnt vor einer steigenden Anonymisierung. Er befürchte, dass der Trend dazu gehe, sich auf Fluxx oder andere Projekte zu verlassen, statt sich ein sicheres Netzwerk in der Umgebung aufzubauen.

**Frau Schrader** betont, dass Fluxx kein billiger Babysitterdienst sei. Zunächst seien immer Sondierungsgespräche vorgeschaltet, um alle übrigen Möglichkeiten auszuschöpfen. In der jetzigen Generation seien junge Eltern neben der Betreuung der eigenen Kinder auch bereits in der Pflege ihrer

eigenen Eltern gefordert, so dass ihnen oftmals keine andere Wahl bliebe.

**Frau Bruns** fragt nach, ob die Anrufer registriert würden und ob auch kranke Kinder in die Betreuung gegeben würden.

**Frau Schrader** betont, dass keine Dauernutzung gewährleistet werde. Die Anrufer würden namentlich registriert, damit auch nur Notfälle zum Zuge kämen. Kranke Kinder gehörten natürlich zu den Eltern; es handele sich nur um Übergangszeiten, die abgedeckt würden.

**Herr Vasterling** gibt zu bedenken, dass der Fokus bei den Kindern und nicht bei den Eltern liegen sollte. Es widerspräche den Bindungstheorien, wenn durchorganisierte Eltern der eigenen Berufstätigkeit den Vorrang gäben.

**Herr Paul** erkundigt sich nach Notfalleinrichtungen bei der Jugendhilfeabteilung. Diese könnten durch ein Projekt wie Fluxx entlastet werden.

**Herr Niemann** bekräftigt, dass es zur Pflichtaufgabe seiner Abteilung gehöre, in diesen Fällen zu handeln. Fluxx sei ein professionelles, wirtschaftlich interessantes Projekt, das Burgdorf in diesen Fällen unterstützen könne.

**Frau Beigel** hebt hervor, dass Berufstätigkeit keine Notsituation sei. Die Wertschätzung gegenüber den Kindern sei bedenklich, wenn diese sich dem Gefüge der Eltern unterzuordnen hätten.

**Herr Baxmann** gibt zu bedenken, dass Fluxx eine Reaktion der Politik gewesen sei. Ob – auch berufliche – Fortbildungen als Notfall zu erachten seien, halte er für bedenklich.

**Frau Gersemann** bedankt sich bei **Frau Schrader** und schlägt vor, das Thema in einer der nächsten Sitzungen aufzugreifen, um dann eine Entscheidung zu treffen.

**Herr Nijenhof** bittet darum, die Diskussion mit Zahlen zu untermauern.

**Frau Wolbring** schlägt vor, ein Meinungsbild der Elternschaft einzuholen, indem das Thema als Tagesordnungspunkt bei der nächsten Stadtkitaberratssitzung eingebracht werde.

## **Jugendhilfeangelegenheiten**

### **5. Vorstellung der Umfrageergebnisse zur Bildung einer Jugendvertretung in Burgdorf**

---

**Herr Gohla** erläutert die Umfrageergebnisse, die derzeit als Zwischenstand zu verstehen seien, da die Auswertung noch nicht abgeschlossen werden können.

**Frau Gersemann** lobt die Untersuchung und betont, wie wichtig die Motivation der Jugendlichen sei, um interessierte junge Menschen an die Politik heranzuführen.

**Herr von Oettingen** hebt hervor, dass es gerade im Hinblick auf die Senkung des Wahlalters entscheidend sei, jungen Menschen zu zeigen, wie man Politik lebhaft mitgestalten und anderen näherbringen könne.

**Frau Gersemann** möchte wissen, ob die Jugendlichen die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre positiv bewerteten.

**Herr Gohla** teilt mit, dass die Jugendlichen interessiert seien, aber nicht wüssten, wie sie sich beteiligen könnten. Genaue Antworten könne er dazu nach der Auswertung der Umfrage geben. Es sei wichtig, die Möglichkeiten der politischen Mitarbeit an den Schulen weiter zu verbreiten.

**Herr Nijenhof** bekräftigt, dass der Hauptgrund für die Jugendlichen sein müsse, ihre eigenen Interessen in den Gremien zu vertreten. Dabei müssten sie auch streitbar sein und der Politik „auf die Füße treten“.

**Frau Gersemann** richtet ihren Dank an Herrn Gohla und die an der Umfrage beteiligten Jugendlichen und spricht eine herzliche Einladung in den Ausschuss aus, sobald sich eine Jugendvertretung formiert habe.

## 6. **Mobile Jugendhilfe - Bericht**

---

**Frau Bernert** und **Herr Özden** berichten von ihrer Arbeit.

**Frau Gersemann** erkundigt sich nach besonders schwerwiegenden Konflikten in Sommermonaten.

**Herr Özden** erläutert zunächst den Kontakt- und Vertrauensaufbau bei den Jugendlichen. Inzwischen seien viele Gruppierungen bekannt. **Frau Bernert** berichtet, dass sie oft deeskalierend tätig werde und schlichte. Gerade bei älteren Jugendlichen oder jungen Erwachsenen bis 27 Jahren wünsche sie sich mehr Unterstützung durch ihren Kollegen. Sie sei aber hauptamtlich eingesetzt und Herr Özden nur mit einem Drittel dieser Zeit. Daher stoße sie oftmals an ihre Grenzen. Sie müsse die jungen Menschen oft vertrösten, bis Herr Özden wieder im Einsatz sei.

**Frau Bruns** fragt nach der Anzahl der einzelnen Wochenstunden und den Arbeitszeiten.

**Frau Bernert** erläutert, dass sie mit 30 Wochenstunden eingesetzt sei, wovon sie 4 Stunden im Nachbarschaftstreff arbeite. **Herr Özden** habe eine Arbeitszeit von 19 Wochenstunden, wovon 9 Stunden als Vertretung vorgesehen seien. Die Sprechzeiten in den IGS-Räumlichkeiten seien dienstags und donnerstags von 15 bis 18 Uhr. Die übrige Arbeitszeit gestalte sich zumeist in den späten Nachmittags- bzw. frühen Abendstunden. Bei Streitigkeiten könne man ein Sinken der Hemmschwelle beobachten.

**Herr Baxmann** betont, dass Deeskalation Aufgabe der Polizei seien und sich die Mitarbeiter\*innen nicht in Gefahr bringen dürften.

**Frau Lehrke-Ringelmann** hebt hervor, dass die Mobile Jugendhilfe im letzten Jahr eine gute Bindung zu den jungen Menschen aufgebaut hätte. Das Netzwerk zu Schulen, Polizei und anderen Institutionen sei ausgebaut worden und der ehemals betroffene Schulhof der GHS I sei längst nicht mehr so stark belastet.

**Herr Nijenhof** wünscht sich eine noch größere Verzahnung mit bislang nicht zu erreichenden Jugendlichen. Eine Ausweitung der Stellenanteile von **Herrn Özden** sei aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Stadt derzeit nicht möglich.

**Frau Wolbring** bedauert dies, da die fachliche Notwendigkeit gegeben sei.

**Herr Niemann** teilt abschließend mit, dass auch die Mobile Jugendhilfe eine Fachberatung in Form von Supervision erfahre.

## **Familienangelegenheiten/Jugendhilfeangelegenheiten**

### **7. Ausbau des Familienservicebüros Bezugsvorlagen: A 2018 0566, M 2018 0545, M 2018 0541 Vorlage: BV 2018 0697**

---

**Herr Niemann** erläutert die Vorlage und betont, dass eine Überprüfung von ehrenamtlichen Angeboten vom Jugendamt nicht durchführbar sei.

**Herr Nijenhof** erkundigt sich, ob die zwei bisherigen Kräfte die Aufgaben des neuen Familienservicebüros zusätzlich übernehmen würden.

**Frau Raue** erläutert, dass diese Stellen hauptsächlich mit der Vergabe der Plätze in den Kitas und der Gebührenberechnung beschäftigt seien und diese Aufgaben in der Jugendverwaltung verblieben.

**Frau Birgin** fragt nach dem Unterschied zu der Institution „Frühe Hilfen“. **Herr Nijenhof** möchte in diesem Zusammenhang wissen, warum hier keine Verzahnung möglich sei.

**Herr Niemann** teilt mit, dass das neue Familienservicebüro als Anlaufstelle und Orientierungsmöglichkeit diene und keinesfalls Doppelstrukturen geschaffen werden sollen. Die Weitervermittlung, Entgegennahme von Unterlagen und ggfs. Terminvergabe stehe ebenso im Vordergrund wie die Bürgerfreundlichkeit. Die Arbeit von Frau Beil werde rückgekoppelt an das Familienservicebüro und stehe damit im direkten Zusammenhang. Das gesamte Jugendamt im Rathaus I verstehe sich als Familienservicestelle.

**Frau Lehrke-Ringelmann** gibt an, dass es sich um eine Lotsenstelle handele, die die vorhandenen Angebote koordiniere und Netzwerkarbeit betreibe.

**Frau Gersemann** gibt zu bedenken, dass zwei halbe Stellen aufgrund von Urlaubs- und Krankheitstagen nicht ausreichend seien. Sie schlage daher vor, trotz der angespannten Haushaltslage eine Vollzeitstelle S 11 b mit einer pädagogischen Fachkraft und eine Halbtagsstelle mit E 5 als Verwaltungsfachkraft zu schaffen.

**Herr Nijenhof** hält dies für einen guten Kompromiss.

**Herr Baxmann** spricht sich aufgrund der Haushaltslage dafür aus, die Vollzeitstelle zunächst halbtags zu besetzen und im Rahmen der Erfahrung und Entwicklung diese ggfs. stundenmäßig auszubauen.

**Herr Vasterling** berichtet von der Erfahrung der Elternschaft, die derzeit großen Unmut bei der Erreichbarkeit des Familienservicebüros widerspiegeln. Bei einer Besetzung mit zwei Halbtagsstellen befürchte er eine Verschlechterung der Situation.

**Frau Raue** bekräftigt, dass die zwei derzeitigen Stellen zur Vergabe und Gebührenberechnung erhalten blieben und auch die Erreichbarkeit aufgrund von Neubesetzungen wieder gegeben sei. Das neue Familienservicebüro habe als Front Office ein anderes Anliegen und leiste neben der Koordinierung der Netzwerkarbeit auch die Öffentlichkeitsarbeit.

**Herr von Oettingen** spricht sich für den Vorschlag von Frau Gersemann aus, insgesamt 1,5 Stellen zu schaffen.

**Frau Gersemann** schlägt im Rahmen der derzeit laufenden Haushalts- und Stellenplanberatungen vor, zunächst eine Empfehlung zu den Stellenbesetzungen auszusprechen und das Konzept des Familienservicebüros noch zu überarbeiten. In der Sitzung am 05.11.2018 könne dem Fachausschuss die neue Fassung dann vorgelegt werden. Dazu lade sie alle Kooperationspartner herzlich ein, an dem Konzept mitzuwirken.

Auf Nachfrage von **Herrn Paul** stellt **Herr Niemann** klar, dass jeder Netzwerkpartner seine eigenen Konzepte einbringe. Das Familienservicebüro könne diese nur unterstützen und weitergeben.

**Einstimmig** ergeht folgender

**Beschluss:**

**Der Ausschuss für Jugendhilfe und Familie empfiehlt, für den Ausbau des Familienservicebüros 1 sozialpädagogische Fachkraft in Vollzeit (S 11 b) und 1 Verwaltungsfachkraft in Teilzeit 0,5 Stellen (EG 5) in den Stellenplan 2019 einzustellen.**

**Darüber hinaus bittet der Ausschuss für Jugendhilfe und Familie die Verwaltung, das Konzept des Familienservicebüros zu überarbeiten und Anregungen des Fachausschusses einzuarbeiten.  
Am 05.11.2018 wird dem Fachausschuss die neue Fassung vorgelegt.**

**8. Kinderschutzordner - Vorstellung**

---

**Frau Mikoleit** stellt den Kinderschutzordner vor. Insgesamt seien 60 Ordner aus Mitteln der Jugendhilfe erstellt worden, die die Kindertagesstätten bei Bedarf anfordern könnten. Eine Einführung werde bei Bedarf ebenfalls angeboten.

**9. Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

./.

**10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

---

./.

**Einwohnerfragestunde**

./.

Geschlossen:

Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin